Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 581

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.45, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Dienstag, 28. Dezember

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 4 Pf. 1gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 M. Bei Wiederholungen nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

d'Annunzios wankende Herrschaft

Vormarsch der Regierungstruppen gegen Fiume

Nach einem Triester Bericht des „Secolo" sind die militärischen Operationen gegen den Staat von Quarnero bereits in ihre erste Phase eingetreten. Die Oberleitung untersteht General Caviglia. Den Befehl über die Landtruppen führt General Ferrero, während Simonetti die Marinestreitkräfte kommandiert. Die Vorhuten d'Annunzios haben in der Freitagnacht die vorgeschobenen Posten der Berge Lubani und Grobnico geräumt, die alsbald von den regulären italienischen Truppen besetzt wurden. Man nimmt an, daß die Truppen des Generals Ferrero gleichzeitig mit einer Landung von Marinetruppen und einer Aktion der Flotte den Eintritt in Fiume erzwingen werden. Hier soll dann unmittelbar eine Volksabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Vertrages von Rapallo stattfinden. Aus Abbazia meldet der „Corriere della Sera", d'Annunzio habe General Caviglio eine Note zustellen lassen, nach der sich die Regentschaft des Quarnero seit dem 23. Dezember 6 Uhr abends, mit Italien als im Kriegszustande befindlich erklärt. Die unionistische Partei in Fiume versichert, d'Annunzio habe in einem Kriegsrat einen abenteuerlichen Plan für eine gleichzeitige Revolution in Italien und Dalmatien entwickelt. Die Bevölkerung von Jugoslawien solle sich gegen die Serben erheben; die Organisation gehe im Einverständnis mit Nabitsch vor sich; an ihr seien ein montenegrinischer General und ein anderer höherer Offizier beteiligt. Die Vorbereitung der Revolution soll besonderen Komitees übertragen werden, während die nationalistischen Faszisten erst im letzten Augenblick in Aktion treten sollen. Die Geldmittel für die Bewegung sollten von d'Annunzio gestellt werden.

w. Rom, 27. Dezember.

Nach einem Bericht des General Caviglia kreuzten am 24. Dezember Kriegsschiffe vor dem Hafen von Fiume, während die Truppen die Grenzen des Quarnero überschritten. Die Legionäre zogen sich auf die Stadt zurück. Für die Weihnachtstage hatten die Truppen Befehl erhalten, innerhalb der in den Vortagen eingenommenen Stellung zu verbleiben. Da sie aber von den Legionären mit Maschinengewehren und Geschützen angegriffen wurden, rückten sie am 26. gegen die Stadt vor. Am 24. Dezember luden Legionäre den Führer einer gegenüberliegenden Alpenjäger-Abteilung zu Verhandlungen ein und erschossen ihn dann. Am Sonntag früh besetzten Regierungstruppen die ersten Häuser von Fiume. Die Fiumer Legionäre und Dalmatischen Freiwilligen ergaben sich den Truppen.

„Agenzia Stefani" meldet: Infolge der kürzlichen Zwischenfälle und der drohenden Haltung des Oberbefehls von Fiume hatte General Caviglia am Freitag die Besetzung vorgeschobener Stellungen um Fiume angeordnet. Diese Besetzung wurde gestern und heute ausgeführt. Die Legionäre leisteten bewaffneten Widerstand. Unter den regulären Truppen sind 5 Tote und 30 Verwundete zu beklagen.

Gegenüber all diesen Meldungen, deren Glaubwürdigkeit nicht angezweifelt werden kann — d'Annunzio ist nach seinen ganzen „Heldentaten" alles zuzutrauen —, wird aus Rom halbamtlich gemeldet:

Die im Ausland verbreitete Meldung über eine angebliche Beschießung Fiumes ist von Grund aus falsch. Ueber die wirkliche Lage Fiumes liegen folgende Nachrichten vor: Der größte Teil der Bevölkerung fängt an, die Lage nüchtern einzuschätzen. Die Fiumer Sektion der Katholischen Volkspartei hat in einer Tagesordnung den Vertrag von Rapallo anerkannt. Wie die Tribuna meldet haben die besten und meisten Offiziere schon d'Annunzio verlassen und auch diejenigen, die noch zu ihm stehen, verhehlen nicht, daß sie jedem Blutvergießen abgeneigt sind. Ein großer Teil der Legionäre hat übrigens schon Fiume verlassen. Auch Marisco Pantaleoni, der Sekretär für das Finanzwesen der Regentschaft des Quarnero, soll die Stadt verlassen haben. Die italienische Presse steht vollständig hinter der Regierung und betont die Notwendigkeit, daß der Willen des Staates von allen befolgt werde.

In Dalmatien scheint die Lage unverändert zu sein; Senator Ziliotto, der Bürgermeister von Zara, ist dorthin zurückgekehrt und hat dem Zivilgouverneur Bonfanti erklärt, er stehe zu seinen Diensten. In Rom hat Admiral Millo dem Ministerpräsidenten Giolitti eingehend über die Lage berichtet, die er günstig beurteilt. Millo wurde auch vom König in Privataudienz empfangen.

Der Papst und die oberschlesische Abstimmung

w. Breslau, 27. Dezember.

Der „Schlesischen Volkszeitung" zufolge erließ Monsignore Ogne, der apostolische Kommissar für Oberschlesien, eine Kundgebung, in der es heißt: Ich bestimme Namens des Heiligen Vaters folgendes: Allen Priestern jedweder Nation wird sub gravi untersagt, im Abstimmungsgebiet Propaganda zu treiben, ihre Privatmeinung zu äußern, und bei den Wahlen ihre Stimme abzugeben. Allen Herren wird verboten Kirchen und Schulen zur Erörterung der Abstimmungsfragen zu benutzen, da diese Orte allein zur Pflege des religiösen Lebens ausersehen sind. Falls ein Priester dieses Dekret nicht befolgen sollte, werde ich gegen ihn, wenn auch ungern, mit solchen Strafen vorgehen, die zu verhängen der apostolische Stuhl mich ermächtigte.

Der polnische Staat und die kleinen Leute

Die polnischen Agitatoren in Oberschlesien versprechen den Rentenempfängern eine Erhöhung ihrer Rente um 50 Prozent, wenn sie sich um die polnische Sache verdient machen, sie versprechen den Kleinbauern und Landlosen Grundbesitz zu einem Viertel des wirklichen Wertes, sie versprechen niedrige Steuern, kurz, sie versprechen, versprechen, versprechen. Wie es aber mit der Einlösung dieser Wechsel auf die Zukunft bestellt sein wird, das mag man daraus ersehen, wie die polnische Regierung in den Gebieten, die sie schon besitzt, mit den „kleinen Leuten" umspringt. Dafür seien einige bezeichnende Beispiele angeführt.

Der „Djiennik Bydgoski" macht Mitteilung von einer Demonstration von 2000 polnischen Kriegsinvaliden, die von der polnischen Regierung keine oder nur eine ganz ungenügende Unterstützung erhalten. Die Invaliden äußerten, es müßte den Kriegsbeschädigten, den Witwen und den Waisen in Oberschlesien bekannt werden, wie Polen seine Verpflichtungen den Kriegsinvaliden gegenüber vernachlässigte, dann würde wohl keiner von ihnen seine Stimme für Polen abgeben wollen. Wo man also noch keine Verpflichtungen hat, da verspricht man das Blaue vom Himmel herunter und behält sich natürlich vor, im gegebenen Falle das Versprechen nicht zu halten. Wo man Verpflichtungen hat, aber bei der Nichterfüllung keine größere Gefahr zu befürchten hat, als daß ein paar Tausend armer Leute halb oder ganz verhungern, da will man von seinen Verpflichtungen nichts wissen.

Ein anderes Beispiel. Seit längerer Zeit wird schon davon gesprochen, daß Polen seine Eisenbahnen amerikanischen Geldleuten verpachten wolle, um auf diese Weise Geld in die leeren Kassen hineinzubekommen und die Valuta zu verbessern. Jetzt gibt der „Djiennik Berlinski" die Bedingungen bekannt, unter denen die Amerikaner die Pacht übernehmen wollen. Es heißt da: „Das Konsortium fordert die Pacht der Staatsbahnen auf 30 Jahre und die Entlassung aller Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten, die über 50 Jahre alt sind." Von einer Entschädigung, die diesen Leuten etwa gewährt werden soll, weiß das Berliner Polenblatt nichts zu berichten. Die Eisenbahnarbeiter und Beamten, die über 50 Jahre alt sind — und deren Zahl wird sicher nicht gering sein —, können also nach der Uebernahme der Bahnen durch die Amerikaner sehen, wo sie eine andere Stellung finden — und das ist für Leute über 50 Jahre auch nicht immer leicht — oder sie können betteln gehen. Jedenfalls scheint sich gegen die amerikanischen Bedingungen wenig Widerstand bemerkbar zu machen, denn der „Djiennik Berlinski" weiß weiter zu melden: „Aus Landtagskreisen hört man, daß bereits einige Parteien und eine Reihe einflußreicher Abgeordneter für das amerikanische Projekt gewonnen worden sind." Die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten können also vielleicht in kürzester Frist damit rechnen, an die Luft gesetzt zu werden.

Ein weiteres Beispiel der Fürsorge für die ärmere Bevölkerung: Der Unterstaatssekretär Pluconski, in Posen hat im Ernährungsrat die Ansicht ausgesprochen, im neuen Wirtschaftsjahr sollten die Posener Lebensmittelpreise mit denen des übrigen Polens ausgeglichen werden, d. h., da sie zurzeit nicht unwesentlich niedriger sind, so sollen sie erheblich erhöht, teilweise nahezu verdoppelt werden. So soll der Zentner Brotgetreide, der jetzt 300 Mark kostet, vom 1. Januar ab 400 Mark und vom 1. März ab 550 Mark kosten. Oberschlesische polnische Blätter haben sich mit wahrer Gier darauf gestürzt, als ein Breslauer Blatt die Meldung brachte, der Brotpreis sollte erhöht werden. Diese Nachricht hat sich sehr bald als falsch herausgestellt. Wenn aber Oberschlesien an Polen kommen würde, dann würden sicherlich auch sehr bald die Brotpreise mit denen des übrigen Polens „ausgeglichen", d. h. wesentlich erhöht werden. Der „Djiennik Bydgoski" hat eine gute Witterung, wenn er diesen Weg für gefährlich erklärt; aus wirtschaftlichen Gründen, weil er den früheren preußischen Landesteil schädigt, und aus politischen, weil er die oberschlesische Volksabstimmung gefährde. Daran hat wohl Herr Pluconski nicht gedacht, als er seine offenherzigen Mitteilungen über die Absichten der polnischen Regierung machte.

*

In Thorn werden die beiden deutschen Tageszeitungen, die „Thorner Presse" und die „Thorner Zeitung", mit Jahresschluß ihr Erscheinen einstellen. Beide umfangreiche Druckereien sind an die Polen verkauft, die mehrere neue polnische Tageszeitungen erscheinen lassen. Somit ist Thorn mit Jahresschluß ohne jede deutsche Zeitung.

Die Taktik der Demokraten

„Der nationale Gedanke".

An dieser Stelle ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Deutschdemokratische Partei seit ihrem Nürnberger Parteitage in auffallender Weise den Staatsgedanken und den nationalen Gedanken betont. Da beide dem innersten Wesen der Demokratie widersprechen und auch in der praktischen Politik der Partei bisher noch nicht in die Erscheinung getreten sind, konnten wir in dem lauten und plötzlichen Hervorheben derselben nichts anderes als die Formulierung einer zugkräftigen Parole für die kommenden Wahlen erblicken. Die innerpolitische Entwicklung geht bekanntlich in der Richtung der Erstarkung des nationalen Gedankens unaufhaltsam weiter, und die Demokraten haben schon einige Male gezeigt, daß dieser Zug der Zeit von ihnen nicht unbeobachtet geblieben ist. Wenn sie nun unvermittelt vorgeben, hier demselben Ziele zuzustreben wie die Deutschnationalen, so kann darin nur der Versuch erblickt werden, bei den Preußenwahlen einen Teil des nationalgerichteten Bürgertums in ihrer Partei einzufangen. Ueber solche Taktik der Demokraten schrieben wir die Worte: „Menschen, in denen diese nationalen Gedanken innerlich leben und wirken, haben nicht nötig, öffentlich darüber so laut zu sprechen, werden es auch gar nicht über sich gewinnen können, mit so viel Pathos darüber zu deklamieren." Mit diesem Satz glaubt aber sonderbarerweise die „Saalezeitung" von uns eine ungewollte Anerkennung des bisherigen Verhaltens der Deutschdemokratischen Partei erhalten zu haben, welch letztere von den Deutschnationalen als „antinational" verdächtigt werde, weil sie mit ihnen nicht „durch dick und dünn" gehe. Wenn die Deutschnationalen nach diesem Satze handeln wollten, dann würde die Demokratie gern darauf verzichten, „auch nur mit einem Wort den nationalen Gehalt und den nationalen Gedanken in ihrer politischen Arbeit besonders zu betonen". Beiläufig bemerkt, hat wohl niemand die deutschen Demokraten in ihrer Gesamtheit als „antinational" in dem Sinne bezeichnet, daß ihnen jedes nationale Empfinden fehle. Was ihnen aber mit Recht zum Vorwurf gemacht werden muß, ist, daß sie in ihrer politischen Betätigung dem internationalen Gedanken gegenüber dem nationalen Gedanken stets den Vorrang gegeben haben. Sie sind mehr international als deutsch-national (nicht im Parteisinne) gesinnt. Daß aus solcher Geistesrichtung allerdings auch Handlungen erwachsen können, die das deutsche Volk direkt schädigen (und deshalb antinational sind), hat die Erfahrung leider oft genug erwiesen. Davon abgesehen, scheint uns aber, daß die „Saalezeitung" den zitierten Satz nicht ganz verstanden hat. Wenn wir sagten: „Menschen, in denen diese nationalen Gedanken innerlich leben und wirken . . .", so haben wir den Nachdruck dabei ebenso sehr auf das „wirken" wie auf das „leben" gelegt. Die „Saalezeitung" aber scheint unsere Forderung des Auswirkens des nationalen Gedankens überlesen zu haben und will nur gefunden haben, daß wir hohles Deklamieren über etwaiges Vorhandensein von nationalem Empfinden verurteilten. Das letztere ist ganz gewiß der Fall, aber die Hauptsache in dem angeführten Satz hat die „Saalezeitung" zu verschleiern gesucht. Doch, wie gesagt, es scheint nur so, als ob die „Saalezeitung" uns mißverstanden hätte. Aus ihrem eigenen Kommentar dazu geht hervor, daß ihr der Sinn unserer Worte in Wirklichkeit nicht verborgen geblieben ist. Es heißt dort: „. . . diese Worte nehmen sich im Munde derjenigen, die gerade mit ihrem Nationalgefühl bisher die tollste Reklame getrieben, die jeden, der mit ihnen nicht durch dick und dünn ging, als antinational gesinnt verdächtigten . . ." Der Begriff „Reklame" paßt hier zweifellos nicht hin — (sein Gebrauch indes ist bezeichnend!) —, aber die „Saalezeitung" will durch ihn zum Ausdruck bringen, daß das, wodurch Nationalgefühl Gestalt gewinnt, von den Deutschnationalen als empfehlenswert hingestellt wird. Daß ohne sichtbare Ausprägung in Handlungen ein Gefühl nicht wahrnehmbar ist, versteht sich wohl von selbst. Der Ausdruck „Reklame" besagt ja auch, daß etwas Gegenständliches gemeint wird. Die „Saalezeitung" hat also sehr wohl verstanden, daß wir auf die Betätigung des Nationalgefühls, nicht auf leere Deklamation, den Nachdruck gelegt haben. Dies wird aber vor allem dadurch bewiesen, daß die „Saalezeitung" gesteht, wir forderten von den Demokraten, mit uns durch dick und dünn zu gehen! Darin kommt doch deutlich genug die Erkenntnis zum Ausdruck, daß wir von den Demokraten nationales Handeln verlangen und nicht hohles nationales Pathos. Das Blatt wird den Versuch aufgeben müssen, durch talmudische Rabulistik den Sinn unserer Worte zu verdrehen.

Zum Schluß bemüht sich das demokratische Organ noch, uns auf die von ihr beliebte Auslegung des zitierten Satzes festzulegen. Es schreibt: „Schon die allernächste Zeit wird der „Hallschen Zeitung" Gelegenheit geben, dieser (!) Auffassung über den nationalen Gedanken beizutreten und damit zu beweisen, ob ihre oben wiedergegebenen Ausführungen ernst gemeint waren . . ." Man darf wohl vermuten, daß die „Saalezeitung" hier den von den Hallschen Demokraten sehnlichst begehrten „Bürgerbund" im Auge hatte. Das Blatt wird sich mit dem Gedanken vertraut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012281-14/fragment/page=0001

machen müssen, daß auf deutschnationaler Seite keine übertriebene Neigung für eine Hilfeleistung zugunsten der Demokraten bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen besteht. Wenn aber die Demokraten durch die Tat beweisen wollen, daß es ihnen mit dem nationalen und dem Staatsgedanken ernst ist, dann werden sie in der allernächsten Zeit hierzu Gelegenheit erhalten. Da am 20. Februar außer den Preußenwahlen auch die Nachwahlen zum Reichstage in den Abstimmungsgebieten vorgenommen werden sollen, wird nicht nur eine Neubildung der preußischen Regierung, sondern wahrscheinlich auch eine Umbildung der Reichsregierung erfolgen. Nach dem 6. Juni haben sich die Demokraten bekanntlich geweigert, zusammen mit den Deutschnationalen in die Regierung einzutreten und damit der Revolutionswirtschaft ein Ende zu machen. Die entgegengesetzte Handlungsweise wäre damals eine nationale Tat gewesen. Wenn die Demokraten wollen, daß ihre Betonung des Staatsgedankens nicht als Phrase, als auf Stimmenfang berechnete Wahlparole aufgefaßt und im Wahlkampfe als solche gewertet werden soll, dann ist eine bestimmte Erklärung der demokratischen Parteileitung notwendig, daß nach dem 20. Februar die Demokratische Partei zu einer Regierungsbildung bereit sein wird, welche im Interesse des gesamten Volkes, einschließlich und unter Mitwirkung der Arbeiterschaft, dem Marxismus schärfsten Kampf ansagen fähig ist. Die Demokratische Partei sollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Helmut Böttcher.

Hermann Roeren †

Der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat a. D. Roeren ist am Alter von 76 Jahren gestorben.

Hermann Roeren wurde am 24. März 1844 in Rüthen, Kreis Lippstadt geboren, wo sein Vater als Rechtsanwalt lebte. Nach dem Besuche des Gymnasiums in Paderborn und Münster besuchte er die Ritterakademie in Bedburg. Nach dem Abiturientenexamen bezog er die Universitäten Bonn, Heidelberg und Berlin, um Rechtswissenschaften zu studieren. Er schlug die Richterlaufbahn ein und trat 1907 als Oberlandesgerichtsrat in Köln in den Ruhestand. Bereits 1882 wurde er in den Landtag gewählt, dem er zuerst bis 1885 angehörte und dann in der Wiederwahl 1891 bis zum Jahre 1913 (für Trier), wo er sein Mandat niederlegte; dem Reichstag gehörte er seit 1898 an. In beiden Häusern gehörte er zu den eifrigsten Zentrumsmitgliedern.

Als Bekämpfer der öffentlichen Unsittlichkeit sowohl im Parlament wie durch private Tätigkeit in Wort und Schrift, durch Gründung von Vereinen zur Hebung der Sittlichkeit, war er einer der meistgenannten Abgeordneten.

Mit dem Namen Roeren ist die Erinnerung an zwei heftige Kämpfe im Reichstag auf immer verknüpft: an den Streit um die Bez Heinze im Jahre 1900 und an den Streit, der im Dezember 1906 zur Auflösung des Reichstags führte, nachdem Kolonialdirektor Dernburg „die Eiterbeule" aufgestochen hatte mit den Worten: „In Berlin handelt es sich um die fortgesetzten Versuche des Abg. Roeren, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter den Gang der Verwaltung zu beeinflussen und selbst in das Verfahren der Gerichte einzugreifen."

Zum dritten Male war der Name Roeren in aller Munde, als er am 30. März 1912 die Erklärung verfandte, er lege seine Mandate zum Reichstag und Landtag nieder mit Rücksicht auf die bekannten Meinungsverschiedenheiten über den Charakter des Zentrums.

Erzberger rührt sich

b. München, 27. Dezember.

Dem Organ der in Würzburg neugegründeten christlich-sozialen Partei „Das neue Volk" schreibt Erzberger, die Nachricht von seiner kürzlichen Anwesenheit in München sei frecher Schwindel. Er sei seit mehr als sechs Monaten nicht in München gewesen. Das Ministerium Kahr versuche er nicht zu stürzen, das stürze selber in seiner Illusionspolitik, wie es auch wahrscheinlich das ganze deutsche Volk ins schwerste Unglück stürze. Die Reichsregierung werde sich noch mehr diplomatische Niederlagen holen, bis sie nachgibt oder das Ruhrgebiet verliert. Nach der Rückkehr in den Reichsdienst sehne er sich nicht, da er kein Esel sei. Jetzt hätten andere Männer Gelegenheit, zu zeigen, daß sie es besser machen können, er habe aber nichts davon gemerkt, wohl aber Verschlimmerung mangels Entschlußkraft und eines bestimmten Programms.

Dazu schreibt der „Lok.-Anz.":

So weit Erzberger, der erfolgreiche und reale Politiker, der Mann der Entschlußkraft und des bestimmten Programms, der kein Esel ist. Die sozialdemokratische Presse trägt diese Auslassung mit großem Entzücken auf, ist ihr Kern doch die bayerische Einwohnerwehr und das ebenso verhaßte Ministerium Kahr.

Daß Erzberger gerichtlich als Lügner gebrandmarkt ist, daß er neuerdings wegen Meineidverdachts und Steuerhinterziehung zur Verantwortung gezogen ist, und daß seine amtliche Hinterlassenschaft immer mehr in sich zusammenstürzt, tut natürlich nichts zur Sache. Daß sein Mundwerk unter der Wucht der über ihn hereingebrochenen Katastrophen nicht im mindesten gelitten hat, bildet für den Kenner dieses neudeutschen Politikers keine Ueberraschung. Um den Mann zum Schweigen zu bringen, werden wohl noch mehrere Gerichtsurteile vonnöten sein.

Zurückweisung der deutschen Kohlenlieferungen durch Belgien

Wie die „T.-U." meldet, hat die belgische Regierung erklärt, weitere aus Deutschland in Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa kommende Kohlensendungen nicht mehr annehmen zu können, da die französischen Bahnhöfe bereits jetzt mit Kohlenzügen derartig verstopft seien daß eine Weiterleitung neuerer Sendungen unmöglich ist.

Der Kampf um die Einwohnerwehren

w. Paris, 27. Dezember.

Die Botschafterkonferenz hat sich heute mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren bezieht. General Weigand und General Nollet wohnten der Sitzung bei. Wie der „Temps" mitteilt, einigte man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung dieser Frage angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden müßte.

Wilsons Veto

(Von unserem Sonderberichterstatter)

h. Washington, 27. Dezember.

In politischen Kreisen, die dem „Weißen Haus" nahestehen, wird erklärt: Wenn der Kongreß den Vorschlag auf Bewilligung eines Kredites von einer Milliarde Dollar an Deutschland annehmen sollte, würde Wilson sein Veto hiergegen einlegen. Die Finanzsachverständigen des Staatsdepartements haben gegenüber dem Kreditprojekt für Deutschland wichtige Bedenken erhoben, deren wesentlichste sind, daß Deutschland jetzt schon unfähig sei, die Rückstände der durch den Versailler Friedensvertrag vorgeschlagenen Kriegsentschädigungen zu begleichen.

Die Beamtenforderungen

w. Berlin, 27. Dezember.

Die in der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten vereinigten Verbände mit über 200 000 Mitgliedern haben sich in bezug auf die Erhöhung des Teuerungszuschlages auf den Boden der Forderungen des deutschen Beamtenbundes gestellt. Diese Forderungen gehen dahin, Erhöhung des Teuerungszuschlages von 50 auf 75 Prozent und Festsetzung eines Mindestteuerungszuschlages, und zwar für die Ortsklasse A von 7000 Mark.

*

In den letzten Tagen hat sich die durch die Stellungnahme der Eisenbahnerorganisationen geschaffene Lage nicht verändert. Obwohl von einer ganzen Reihe von Ortsgruppen eine sofortige Entscheidung der Regierung gefordert worden ist, dürfte es zunächst zu keiner Aktion kommen. Man rechnet damit, daß es am Mittwoch oder Donnerstag zu Verhandlungen mit den zuständigen Ministern kommen wird. An den Besprechungen werden wahrscheinlich auch Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnehmen. Seitens der Eisenbahnerbeamtenorganisationen wird auf eine möglichst schnelle Durchführung der Beratungen gedrängt werden, doch ist immerhin damit zu rechnen, daß die Besprechungen sich acht bis zehn Tage hinziehen werden.

Dr. Simons Hoffnung

b. Frankfurt a. M., 27. Dezember.

Reichsminister des Aeußern Dr. Simons schreibt in der „Frankfurter Zeitung" in einem „Ausblick" benannten Artikel über Deutschlands weltpolitische Lage u. a.: Die Stellung des deutschen Volkes nach außen wird um so schwieriger, je mehr sich der Friedensvertrag von Versailles auswirkt. Es vergeht keine Woche, in der nicht unsere ehemaligen Gegner eine Forderung an uns richten, die wir nur unter Preisgabe wichtiger deutschen Interessen erfüllen können. Vielfach gehen dabei die Mächte sogar über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus. Man legt Hand an unsere Qualitätsindustrien und bringt dadurch die Elite unserer Arbeiterschaft um angemessene Betätigung. Man hindert die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung durch die noch notwendige Mitwirkung freiwilliger Hilfsschutzorganisationen.

England und Frankreich sind immer wieder genötigt, auf unsere Kosten ihre Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sind ungeklärt, die oberschlesische Streitfrage nimmt einen immer verdächtigeren Charakter an.

Doch fehlt nicht jedes Hoffnungslicht. Die Sachverständigen in Brüssel scheinen in ruhiger und sachlicher Weise zu verhandeln, die Aussicht auf Verständigung bietet. Vielleicht kann daraufhin in Genf die deutsche Kriegsschuld innerhalb erträglicher Grenzen festgesetzt werden. Die russische Regierung scheint mit den Völkern des mittleren und östlichen Europas in nähere wirtschaftliche Beziehungen eintreten zu wollen. Aus Polen tönen Stimmen der Verständigung. Es ist für uns nicht ganz leicht an sie zu glauben, dennoch wäre es unverantwortlich, den Versuch einer Verständigung zurückzuweisen. Wir dürfen sicher sein, daß der neue Präsident von Amerika nicht zögern wird, den Friedenszustand mit Deutschland herzustellen. Diese kleinen Lichter nähren die Hoffnung, die nicht zuschanden werden läßt; warten wir in geduldiger und zäher Arbeit auf ein besseres Weihnachten.

*

Reichspräsident Ebert äußerte sich über die Lage in Deutschland zu einem Vertreter der internationalen Messe in Frankfurt a. M. laut „Berliner Post": Not tut vor allem der Optimismus der Tat und des Willens. Es wäre falsch, die Fortschritte des vergangenen Jahres zu verkennen und zu leugnen, daß mit der Wiederkehr der Ruhe auch die Aussichten für Handel und das Gewerbe sich gebessert hätten. Komme Deutschland über den Winter, den kritischsten seit Menschengedenken hinweg, könne es einer seiner großen friedlichen Aufgabe hergehen und ein Verbindungsland sein, dessen geistige und wirtschaftliche Erzeugnisse in der ganzen Welt ihre alte Haltung wieder gewinnen werden.

Keine Ententetruppen nach Wilna

w. Kowno, 27. Dezember.

Zuverlässigen Meldungen zufolge hat der Völkerbund auf die Entsendung interalliierter und neutraler Truppen in das Wilna-Abstimmungsgebiet verzichtet, um Verwicklungen mit der Sowjetregierung zu vermeiden, die bekanntlich eine Unterstützung der polnischen Gegenrevolution darin erblickt, gegen die sie bereits erfolgreich vorgehe. Der Vorsitzende der Kontrollkommission des Völkerbundes, Oberst Claudinon, hat in einem Schreiben an die litauische Regierung die Eisenbahnlinie Wilna—Dünaburg den Polen zugesprochen und bestimmt, daß eine Volksabstimmung demgemäß nur westlich dieser Linie stattfinden soll. Die litauische Regierung hat auf eine Volksabstimmung im Wilnaer Gebiet gänzlich verzichtet, da sie sich davon keine gerechte Lösung der Wilnaer Frage verspreche, weil die von den Litauern geforderten Bedingungen nicht erfüllt worden seien. Inzwischen schweben in Warschau Verhandlungen zwischen Litauern und Polen, deren Ergebnis noch nicht endgültig bekannt ist.

Deutschlands Kolonien

w. Paris, 27. Dezember.

Pertinax teilt im „Echo de Paris" mit, die Vereinigten Staaten hätten vor zehn Tagen der englischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der verlangt wird, man möge der Regierung in Washington mitteilen, wie England das ihm anvertraute Mandat über einige ehemalige deutsche Kolonien, sowie einige der Türkei abgenommenen Gebiete regeln wolle. In dieser Note wird gesagt, nicht der Völkerbund, sondern die a. und a. Mächte zu deren Gunsten Deutschland und die Türken alle ihre Rechte abgetreten hätten, hätten diese Frage zu regeln.

Deutsche Luftschiffe für Italien. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist das zweite für Italien bestimmte deutsche Luftschiff „Z. 120", das am 24. Dezember mittags von Staaken abgefahren war, am 1. Weihnachtsfeiertag mittags wohlbehalten in Rom angekommen.

Einstellung des Verfahrens gegen von Kessel. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht I teilt mit: Die Einstellung des Verfahrens gegen den Hauptmann von Kessel ist von der Strafkammer des Landgerichts I gegen den ausdrücklichen Widerspruch der Staatsanwaltschaft erfolgt. Der Beschluß ist noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft hat dagegen Beschwerde eingelegt. Das Kammergericht wird darüber zu entscheiden haben, ob das Amnestiegesetz vom 4. August d. J. auf die dem Hauptmann von Kessel zur Last gelegten Straftaten Anwendung finden soll.

König Georg in Frankreich. Nach einer Meldung des „Petit Journal" wird der König Georg von England am 6. Januar in Calais eintreffen und Verdun und Reims besuchen. Er wird eine Begegnung mit dem Präsidenten Millerand haben.

Die Erbin von Lohberg

31) Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

Ich habe nur mit einem Ohr hingehört, als der Gesandte mit ihm sprach und kann mich verhört haben, meine jedoch, daß er den Namen Viterbo nannte. Ob er damit meinen alten Bekannten, den Professor Viterbo meinte, der ja allerdings, wenn ich nicht irre, Spezialist für Lungenleiden ist? Jedenfalls wollen wir den Namen bei Florenz notieren. Ja, und in Aigle scheint ja zwischen den dreien noch alles Liebe und Freundschaft gewesen zu sein — Aigle liegt auf dem Wege nach Venedig über den Simplon; einen großen Zeitverlust würde ein Halt dort also nicht bedeuten. Und warum weist mein Vorgefühl mich nach Venedig und nicht nach Florenz, wo die kleine Volkwitz den erfolgten Krach vermutet? Weil das Kasino am Sacco della Misericordia, die Casa degli Spiriti, für mich etwas Suggestives hat. Vollständig abgelegen von der abgetretenen Hauptstraße des Fremdenverkehrs, in einer geradezu grotartigen Einsamkeit an einem isolierten Zipfel der Lagunenstadt gelegen, gesucht und gefunden nur von Künstlern und Leuten, die Venedig lieben und Zeit dafür haben, — in diesem Hause kann sich manches abspielen, was in Hotels und selbst in verstecken Privatwohnungen unbemerkt nicht bleiben konnte, wo einer auf den anderen immer aufpaßt. Sehr richtig; ein Ort, wie die Casa degli Spiriti, ist ganz ungeeignet, unbemerkt zu bleiben, er erschwert die Nachforschung. Aber nicht für mich."

Windmüller kam gerade wieder im Schlosse an, als man sich dort im Frühstückszimmer versammelte, — nur die junge Herrin des Hauses fehlte noch.

„Leonore hat sich, wie gewöhnlich, verspätet", bemerkte Frau von Elbach ungehalten. Ich werde es ihr begreiflich machen, daß man als Wirtin vor seinen Gästen zur Stelle sein sollte."

„Sie wird's schon noch lernen", begütigte Frau von Grünbola. „Vielleicht hat sie schlecht geschlafen. — ich fand sie gestern abend recht blaß aussehend. Und dann hat sie zu ihrer Entschuldigung doch noch ihre Schonungsbedürftigkeit. Ich glaube, wir tun ihr einen Gefallen, wenn wir nicht auf sie warten."

„Ich habe das auch durchaus nicht im Sinn", erklärte Frau von Elbach, sich am Tische niederlassend. „Soweit geht mein Gastbewußtsein denn doch nicht, solange auf meine Tochter warten zu müssen. Herr Professor, nehmen Sie Tee oder Kaffee?"

Windmüller, dem es schwer geworden wäre zu glauben, daß diese selbe Mutter Tränen über das Leiden ihrer Tochter vergossen, sie „hingebend" gepflegt hatte, wenn er nicht mit eigenen Augen gelesen hätte, daß eben diese Tochter es eigenhändig bezeugt, nahm den ihm angewiesenen Platz ein und erzählte zur Zerstreuung der peinlich werdenden Stimmung, wie und wo er bei seinem Morgenspaziergang Fritz Volkwitz getroffen und von ihr gepflegt worden war. Die drastische Schilderung dieses Vorfrühstücks en plain air erregte ja auch Heiterkeit; aber sie gab zu den Erzählers innerlichem Bedauern einerseits und zu einem mit Interesse gemischten Befremden andererseits leider auch wieder Veranlassung zu einem ganz unerwarteten Ausfall durch Frau von Elbach.

„Ja, die kleine Volkwitz ist wirklich ein herziges Mädel", hatte Herr von Grünbola gesagt. „Man findet heutzutage selten solch eine Natürlichkeit, solche unverkünstelte Frische. Hoffentlich hat der gute Oberförster noch ein Weilchen auf eine Beförderung zum Forstmeister zu warten; denn es wird Leonore doch sehr nahe gehen, ihrer ehemaligen Gespielin und Freundin einmal dauernd Lebewohl sagen, den Verkehr mit ihr missen zu sollen."

„Ich finde diesen Verkehr für meine Tochter durchaus nicht wünschenswert", erklärte Frau von Elbach sehr vernehmlich. „Leonore hat wohl selbst auch kaum mehr Freude an der Kinderfreundschaft mit diesem unerzogenen Mädchen, dem jede Spur von Verfeinerung und Kultur mangelt. Daß beide zusammen aufgewachsen sind und denselben Unterricht genossen haben, ist meines Erachtens für die Tochter des Oberförsters noch kein Freibrief, um zu jeder Stunde und Tageszeit hier ungebeten hereinzuschneien und zu tun, als ob sie bei uns zu Hause wäre, — Freiheiten, die sich keine wohlerzogene junge Dame mit Zartgefühl und Taki nehmen würde. Ich habe Leonore auch schon einen Wink gegeben, sich diese sogenannte Freundin vom Halse zu halten."

„Ich bedauere, in diesem Punkt entgegengesetzter Ansicht zu sein, meine liebe Olga", versetzte der Gesandte ruhig. „Die Methode des „sich vom Halse haltens" würde ich für ein Unrecht halten, das Leonore sich selbst damit zufügte; für die andere Seite würde sie eine schwere und unverdiente Kränkung bedeuten. Ueberdies ist es eine schlechte Diplomatie, sich gute und ehrliche Freunde zu Feinden zu machen. Ich nehme an, daß Sie über das Verhältnis meines Onkels zum Hause Volkwitz nicht gut unterrichtet sind; der Oberförster war kein persönlicher, sehr geschätzter Freund, Fräulein Fritz nicht etwa eine Art von weiblichem Prügelsungen, sondern Ihrer Tochter vollkommen gleichberechtigte Gespielin, was Leonore selbst übrigens am besten bestätigen kann —"

„Was kann ich am besten selbst bestätigen?" fragte die tiefe, klangvolle Stimme der Genannten, indem sie das Frühstückszimmer betrat, wesentlich frischer aussehend, als am Tage zuvor und auch in ihrer Haltung aufrechter und sicherer. „Ich bitte um Entschuldigung für meine Verspätung", fuhr sie nach einer allgemeinen Begrüßung fort, sich auf den freien Platz zwischen Windmüller und ihren Stiefvater setzend. „Ich habe mich heut ein wenig verschlafen. Haben Sie gut geruht, Herr Professor, und etwas Schönes geträumt? Sie wissen, was man die erste Nacht in einem fremden Hause träumt, geht in Erfüllung. Wollen wir nach dem Frühstück die Sammlung meines Großvaters einmal miteinander besichtigen? Ich möchte gern Ihren Rat hören, wie man die Sachen am besten ordnet."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012281-14/fragment/page=0002

Die Postzeitungsgebühren

Kabinett gegen Reichstag.

Die Zeitungswelt wurde in diesen Tagen durch eine ebenso ungewöhnliche wie unverständliche Entscheidung des Reichskabinetts überrascht. Der Reichstag hatte am 19. November auf Antrag der Vertreter aller Parteien gestellten Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die bisher für die laufenden gesetzten Postgebührensätze noch um ein Vierteljahr, also bis zum 31. März 1921, in Kraft zu lassen, das heißt, für den vorigen Sommer beschlossene Erhöhung noch einmal zu verlängern. Ueber diesen Beschluß ist das Reichskabinett aber einfachen einfach zur Tagesordnung übergegangen, die vom Verlangen des Reichstages abhängige Regierung hat, statt den einstimmigen Wunsch der Volksvertretung zu erfüllen, diesen einfach ignoriert. Das hat man im Reichstag wohl kaum vorausgesehen, denn sonst würde man wohl dazu übergegangen sein, von seiner Machtvollkommenheit Gebrauch zu machen und den Wunsch in einen definitiven Beschluß zu kleiden. Soweit wir wissen, ist auch im Reichstag erwogen worden, die Hinausschiebung der Postzeitungsgebührenordnung in Form eines geschäftsordnenden Antrages zu beschließen. Man hat aber davon abgesehen, weil die Zeit außerordentlich drängte und ein abänderndner Antrag ebenso wie jedes Gesetz dreier Lesungen bedürfte. Darauf glaubte man hier verzichten zu können, weil der einfache Wunsch des Reichstages nur eine Fortsetzung jener Praxis der Regierung verlangte, die diese selbst seit einem gewissen Jahre verfolgt hat. Man hielt die Erfüllung des ausgesprochenen Wunsches so sehr für eine Selbstverständlichkeit — also allerlei vorausgegangenen Verhandlungen — daß man ihn ohne Erörterung einstimmig annahm.

Um so größer muß nun die Ueberraschung sein, daß die Regierung dem Reichstag nicht gefolgt ist. Wenn sie sich mit dem Gedanken trug, dem ihr von vornherein bekannten Antrag nicht zu entsprechen, so wäre es wohl ihre Pflicht gewesen, bei der Beratung im Reichstag eine entsprechende Erklärung abzugeben, und so eine Erörterung hervorzurufen, die eine Klärung der in Betracht kommenden Fragen hätte herbeiführen können. Statt dessen hat die Regierung es vorgezogen, das betroffene Gewerbe und mit ihm den ganzen Reichstag in Unsicherheit zu wiegen und dann plötzlich vor die vollendete Tatsache der Ablehnung zu stellen. Allerdings hat das Reichspostministerium unter dem Tage der Annahme des Antrages im Reichstag nachträglich seine Stellungnahme in einer kleinen Pressefrisch klargelegt und darin für die Ablehnung sich ausgesprochen. Diese Denkschrift geht aber mit keinem Wort auf die Gründe ein, die die Regierung zu ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage veranlaßt hatten, sie versucht gar nicht einmal den Nachweis zu erbringen, daß diese Gründe fortfallen oder abgeschwächt wären. Davon kann ja auch in der Tat durchaus keine Rede sein. Das Reichskabinett hat sich durch seinen Beschluß den einstimmigen Wunsch des Reichstages keine Folge zu geben, selbst selbst in Widerspruch gesetzt. Die Frage, ob die Presse eine neue Erhöhung zu tragen imstande sei, ist nicht nur von Gegern, sondern bis vor kurzem auch von der Regierung selbst und bis heute, wie der Reichstagsbeschluß beweist, von der Volksvertretung verneint worden. Die Regierung, die ja wiederholt ihre Pressefreundlichkeit erklärt hat, muß doch ebenso wie die Abgeordneten aller Parteien wissen, wie die unmöglichen Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise sich ausgewirkt haben. Wenn ihr das aber bekannt war, dann hätte sie zu diesen schädigenden Wirkungen beitragen müssen, die neueste Sonderbelastung der Presse. Gleichviel, welche Art von Zeitungen es angeht — es handelt sich im ganzen wieder um eine Millionen bringende Sondersteuer, also um eine neue unumgängliche Zwangserhöhung der Bezugspreise. Schon bei den letzten Erhöhungen der Bezugspreise haben große Massen der Leser, denen der Verteuerung ihre Zeitung aufgeben müssen. So scheint man schließlich das wirtschaftliche Fundament der Zeitungen. Wenn je irgendwo, so dürfte hier nicht der Standpunkt des reinen Fiskalismus eingenommen werden. Zwischen allen Beteiligten: Regierung, Reichstag und Presse hätte sich ein billiger Ausgleich bei allseitigem guten Willen gewiß finden lassen. Dazu war die vom Reichstag einmütig geforderte Vertagung um ein halbes Jahr notwendig. Die Art und Weise, wie die Regierung über Reichstag und ihre eigene bisherige Praxis von heute auf morgen rücksichtslos hinweggeschritten ist, verrät leider, daß der Drang nach Einnahmen die sachliche Erwägung zu überwuchern droht. Daraus spricht eine grundfehlliche Anschauung, von der wir uns nichts Gutes versprechen können.

Die Beschlüsse des Weltpostkongresses

Vom Reichspostministerium wird mitgeteilt:

Der Weltpostkongreß in Madrid ist geschlossen; neue Weltpostvereinsverträge, darunter ein solcher über den Postscheck- und Ueberweisungsverkehr, sind vollzogen worden. Die Vollversammlung des Kongresses hat im wesentlichen die früher mitgeteilten Beschlüsse der Kommissionen aufrechterhalten. Insbesondere bleibt es dabei, daß den Ländern hinsichtlich der Festsetzung der Gebühren weitgehend freie Hand gelassen wird, so daß jede Postverwaltung die Gebühren für Postsendungen nach dem Ausland entsprechend den Bedürfnissen der eigenen Wirtschaft festzusetzen vermag. Von den Beschlüssen der Vollversammlung des Postkongresses sind folgende zu erwähnen:

Drucksachen mit einzelnen Büchern, Katalogen usw. sind auf deutschen Antrag bis zum Gewicht von drei Kilogramm zugelassen worden. Ebenso ist auf Antrag Deutschlands die von der Kommission gestrichen gewesene Bestimmung über die bei Bücherzetteln zulässigen handschriftlichen Vermerke wiederhergestellt worden. Dagegen ist es nicht gelungen, die bei Privatpostkarten des inneren deutschen Verkehrs zugelassenen größeren Abmessungen auch für die Privatpostkarten des Weltpostverkehrs einzuführen. Unerwünscht ist auch, daß bei gewöhnlichen Postpaketen nach dem Ausland der Siegelverschluß entgegen dem Vorschlag der betreffenden Kommission beibehalten werden soll. Die Postauswisskarte soll nicht ohne weiteres in allen Ländern gestatten, sondern es soll den Postverwaltungen freistehen, die Anerkennung abzulehnen. Der Wertkästchendienst wird dadurch erweitert, daß in die Wertkästchen nicht nur Gold, Edelsteine usw., sondern auch andere Gegenstände, die einen gewissen Wert besitzen, aufgenommen werden dürfen. Die Gebühr für Wertkästchen soll künftig nach dem Satze von 20 Centimes für je 50 Gramm, mindestens 1 Franes, wozu noch Einschreib- und Versicherungsgebühr hinzutreten, berechnet werden.

Die Beschlüsse des Postkongresses sollen am 1. Januar 1922 in Kraft treten.

Von jetzt ab sind auch gewöhnliche und eingeschriebene Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben) im Inlands- und Auslandsverkehr zur Versendung mit der Flugpost zugelassen. Flugzuschläge werden in gleicher Höhe wie bei Drucksachen erhoben.

Belgiens Finanzen

Der belgische Finanzminister hat in einer Darlegung vor der Kammer erklärt, Belgien habe an Reparationen erhalten Maschinen und Rohmaterialien für 1 800 000 000, Kohlen, Farben und andere Produkte für 4 000 000 000 Franken.

Ueber die Staatsausgaben sagte er, der Kriegsminister habe eine Herabsetzung der Heeresbedürfnisse um 400 Millionen angekündigt. Die Eisenbahn habe ein Defizit von 23 Millionen. Für die ersten 8 Monate im kommenden Jahre verlange die Ernährung einen Zuschuß von 597 Millionen. Die Hilfe für Arbeitslose, die im Jahre 1920 93 Millionen verlangt habe, erfordere im kommenden Jahre immerhin noch 78 Millionen.

*

Die Kammer hat den Gesetzentwurf über Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf 10 Monate mit 148 gegen 11 Stimmen angenommen.

Bülow und Bassermann

Die „Hamb. Nachr." beginnen mit der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Bülow und Bassermann. Dr. Wilhelm Spickernagel schreibt dazu einleitend in dem genannten Organ des Alt-Reichskanzlers Bismarck:

Langjährige gemeinsame Arbeit hat Bülow und Bassermann verbunden, Ungern sah der nationalliberale Führer den Kanzler scheiden. Er schätzte, wie uns seine Tochter berichtet, „die feine Geschicklichkeit und Weltklugheit des Kanzlers, der Deutschland aus mancher heiklen Situation glücklich herausgeführt hatte" ... „Den neuen Kanzler, Herrn v. Bethmann Hollweg, der ihm als Staatssekretär des Innern längst bekannt war, sah Bassermann voll Sorge an Bülows Stelle treten. Er fürchtete seine Unerfahrenheit in der auswärtigen Politik, seinen Mangel an frischer Tatkraft, seine weltfremde Art." (Vgl. Karola Bassermann a. a. O. S. 143 bis 144.)

Auf die im herzlichen Tone gehaltenen Abschiedstelegramme Bassermanns erwiderte der Kanzler am 17. Juli 1909 u. a.: „... Ohne die treue und verständnisvolle Unterstützung der Nationalliberalen wären meiner inneren Politik die Erfolge nicht beschieden gewesen, deren ich mich rückblickend erfreuen darf. Dazu rechne ich vor allem auch heute noch die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit der konservativen und liberalen Fraktionen, die in großen nationalen Fragen für unser politisches Leben immer wieder notwendig werden wird, mögen auch gelegentlich Gegensätze sie verhindern. ...

Es soll hier nicht der alte unfruchtbare Streit erneuert werden, auf welcher Seite die größere Schuld dafür lag, daß die Mahnung des Fürsten in der Folge nicht immer beherzigt wurde, daß Konservative und Nationalliberale so oft gegeneinander gefochten haben. Aus Stresemanns Rede zum Gedächtnis des 1917 heimgegangenen Parteiführers haben wir vernommen, daß Bassermann ihm gegenüber betont hat, das Reich könne nur durch die Kräfte erhalten bleiben, die es geschaffen haben, und daß er gerade in der Kriegszeit wiederholt die Mahnung an seine Parteifreunde gerichtet hat, in nationalen Fragen die Konservativen nicht zu isolieren!

Bassermann hat auch nach dem Rücktritt des Kanzlers die Verbindung mit ihm aufrechtgehalten und hat auf Nordernei in manchem Sommer Stunden anregendster Unterhaltung in Bülows schöner Villa am Meer verbracht, häufig begleitet von seiner geistvollen und anmutigen Tochter Lisbeth. Auch in Rom hat Bassermann den Fürsten gelegentlich aufgesucht. Ein reger brieflicher Gedankenaustausch hielt in der Zeit der Trennung die geistige Verbindung aufrecht.

Dieser Briefwechsel zwischen Bülow und Bassermann erscheint in doppelter Hinsicht für den Geschichtsforscher und Politiker beachtenswert: einmal gewährt er einen Einblick in die persönlichen und politischen Beziehungen des Kanzlers zu dem nationalliberalen Parteiführer. Wer manche Reden Bassermanns aus den Jahren nach dem Abgange Bülows mit diesen Briefen aufmerksam vergleicht, wird unschwer erkennen, welchen Einfluß dieser politische Gedankenaustausch auf Bassermann ausgeübt hat. Die hauptsächliche Bedeutung dieses Briefwechsels liegt indessen in einer anderen Richtung.

Herr v. Bethmann Hollweg hat in dem ersten und vorläufig noch immer einzigen Bande seiner Erinnerungen den Versuch unternommen, das Scheitern seiner Politik mit dem Hinweis auf die von ihm 1909 übernommene politische Erbschaft zu entschuldigen. In den dem ersten Kriegskanzler nahestehenden Kreisen wird geflissentlich der Gedanke verbreitet, daß die Konstellation des Weltkrieges und sein katastrophaler Ausgang das Ergebnis einer gewissermaßen zwangsläufigen Auswirkung der unter dem Fürsten Bülow betriebenen Politik darstelle. Diese Geschichtsschreiber glauben übersehen zu können, daß zwischen dem Abgang des Fürsten Bülow und dem Ausbruch des Weltkrieges immerhin noch fünf lange und, wie man zugeben wird, ereignisreiche Jahre lagen und daß während dieser langen Zeit in der Führung der deutschen Politik nicht nur Bülows, auch von seinen Gegnern unbestrittene taktische Geschicklichkeit fehlte, sondern daß während dieser Jahre auch eine Reihe von schwerwiegenden politischen Aktionen vor sich ging, die im schroffen Widerspruch zu den Anschauungen und Methoden des Fürsten Bülow stand. Nur allem wollen wir nicht vergessen, daß Herr v. Bethmann es nie für angezeigt gehalten hat, seinen ihm an Erfahrung wie an Kenntnis der internationalen Beziehungen und maßgebenden Persönlichkeiten weit überlegenen Vorgänger auch nur um Rat zu fragen. Es gibt in Deutschland, wie auch außerhalb unserer Grenzen, wohl wenige, die nicht davon überzeugt wären, daß Fürst Bülow, vor der Absendung des Ultimatums an Serbien um seinen Rat gefragt, von diesem unheilsvollen Schritte abgeraten und daß er in der tragischen letzten Julitwoche 1914, wie im weiteren Verlaufe des Krieges, nicht so viele und so schwere Fehler aneinander gereiht hätte wie sein Nachfolger! Sicherlich war auch Herr von Bethmann nach Kräften bestrebt, den Frieden zu erhalten, aber leider hat er durch seine unglückliche Regie unsere Politik mit dem falschen Schein einer angeblichen Schuld beladen und es so den feindlichen Staatsmännern leicht gemacht, die Verantwortung für die Folgen des Krieges in pharisäerhafter Weise auf das deutsche Volk abzuschieben. So spielen wir durch seine Schuld die wenig beneidenswerte Rolle des Schafes im Wolfsspelz. Niemand kann heute nachträglich feststellen, ob der Krieg auch dann unvermeidlich geblieben wäre, wenn Fürst Bülow das Staatsruder in der Hand gehalten hätte. Als sicher aber darf man annehmen, daß sich die Vorbedingungen zu einem solchen Waffengang unter seinen geschickteren Händen ungleich glücklicher gestaltet hätten.

Alle nachträglich niedergelegten Betrachtungen über die Führung der Politik vor dem Kriege und während des Krieges begegnen heute leicht dem verständlichen Einwande, daß man klüger sei, wenn man vom Rathause komme. In dem vorliegenden Briefwechsel ist dagegen die kritische Stellungnahme des Fürsten Bülow zu wichtigen politischen Ereignissen der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges durch datenmäßig belegte Aeußerungen erhärtet. Ihre Beweiskraft wäre daher mit solchem Einwande nicht zu erschüttern, und darum bilden diese Briefe wertvolle Urkunden zur politischen Geschichte des Krieges.

Provinz Sachsen

mk. **Merseburg**, 27. Dez. (Kasernendiebstähle.) In der hiesigen Kaserne wurden in der vergangenen Woche mehrfach Diebstähle verübt. Es wurden in einer Nacht 180 Stück weiße Bettlaken im Werte von 9000 Mark aus dem Keller des Wirtschaftsgebäudes gestohlen. Einige Nächte darauf wurde dem Adjutanten aus dem benachbarten Stalle sein wertvolles Pferd gestohlen.

— **Bitterfeld**, 27. Dez. (Versuchter Raubmord.) Einem Schlosserlehrling schlossen sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte zwei Männer an. Nach einigen Hundert Metern Weges versetzte der eine plötzlich dem Lehrling einen heftigen Schlag ins Gesicht, während der andere ihm den Mund zuhielt. Nachdem man ihm seine Barschaft von 40 Mark abgenommen hatte, warfen ihn die Täter auf den Bahndamm, um ihn von einem gerade ankommenden Schnellzuge überfahren zu lassen. Der junge Mann hatte aber im letzten Augenblicke noch so viel Kraft, um sich noch rechtzeitig zur Seite zu werfen, so daß nur die Hand erheblich verletzt wurde. Leider sind die beiden Halunken unerkannt entkommen.

— **Aschersleben**, 27. Dez. (Verbrecher und Räuber.) Am Donnerstag morgen wurde in der Dunkelheit auf der Chaussee nach Egeln ein Auto bemerkt, von dem drei Insassen sich seitwärts schlugen. Die gesamte Polizeimannschaft von Egeln wurde alarmiert. Beim Hellwerden tauchten die Verschwundenen wieder auf, ergriffen aber sofort die Flucht, als sie sich beobachtet wußten. Die Beamten nahmen die Verfolgung über die verschneiten Felder auf und gaben, als sich die Flüchtigen nicht ergeben wollten, einen Schuß ab, wodurch einer auf der Stelle getötet wurde. Der andere ergab sich. Der Tote ist aus Magdeburg, die anderen wollen von Gommern sein und eine „Nachtspritztour" von Magdeburg aus unternommen haben. Nach Aussage des Autoführers waren die drei Männer bewaffnet. — Am Dienstag abend gegen 6 Uhr drangen sechs verkappte Männer in das Kontor der Firma Fienke am Zeughausplatz und forderten unter Bedrohung mit Revolvern vom Geschäftsinhaber Geld. Auf die Hilferufe eilten Angestellte und Arbeiter herbei. Die Räuber konnten unerkannt entkommen. — Am Mittwoch abend gegen 7 Uhr wurde auf dem äußersten belebten Markt dem Kaufmann Wedecke eine Ledermappe entrissen, die neben einer hohen Summe die Bankbücher enthielt. Obgleich die Verfolgung aufgenommen wurde, entkamen die Täter. Der Arbeiter Meyer, der einen der Verfolger zweimal auffhielt, wurde unter dem Verdacht der Mitschuld verhaftet.

— **Bollenstedt**, 27. Dez. (Raubmord.) In die Endorfer Windmühle drangen 6 Bewaffnete ein und bedrohten den Müller und seine Familie mit dem Erschießen, wenn er Lärm schlagen sollte. Inzwischen wurde das ganze Haus ausgeraubt. Nach zweieinhalbstündiger Arbeit hatten die Räuber alle Wertgegenstände, Wäsche, Kleidungsstücke, sowie das Eingeschlachtete zusammengetragen und zogen vollbepackt von dannen. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf über 20 000 Mark, außerdem fielen ihnen 5000 Mark Bargeld in die Hände. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

b. **Jena**, 27. Dez. (Von der Universität.) Der Direktor der Jenaer Universitäts-Augenklinik, Prof. Dr. Wolfgang Stock, erhielt für den 1. April einen Ruf an die Universität in Tübingen. Er wird dort der Nachfolger von Professor von Scheich.

— **Jena**, 27. Dez. (Das Landesfinanzamt Thüringen) wird hier im Offizierkasino und einem Teil der Kaserne untergebracht. Die baulichen Veränderungen kosten 55 000 M., die das Reich trägt.

mk. **Sonneberg**, 27. Dezember. (Am Hochzeitstage gestorben.) Ein tragisches Ereignis wird aus Forschengereuth berichtet. An seinem Hochzeitstage wurde der 38jährige Landwirt Otto Heland nach kurzer Krankheit durch den Tod hinweggerafft.

mk. **Leipzig**, 27. Dez. (Verbrecherischer Raubüberfall.) Am Heiligen Abend besetzte ein junger Mann und zwei Männer und eine Frau, die anscheinend zusammengehörten, ein Abteil des nach Wurzen fahrenden Zuges. Auf halber Strecke wurde plötzlich der junge Mann von den beiden Männern gepackt, während ihm die Frau seinen Ueberrock mit der Brieftasche abnahm. Darauf wurde der Wehrlose während der Fahrt aus dem Abteil geworfen und konnte glücklicherweise vor dem sicheren Tode durch Ueberfahren vom nachkommenden Dresdener Schnellzuge durch eine Bahnarbeiterstrau bewahrt bleiben.

mk. **Leipzig**, 27. Dezember. (Der Streik in der Metallindustrie.) In einer Montag nachmittag stattgefundenen Versammlung der Leipziger Metallindustriellen wurde beschlossen, sich auf den schon früher eingenommenen Standpunkt zu stellen, da es einem Teil der Fabriken aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist alle streikenden Metallarbeiter sofort restlos wieder einzustellen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Streikenden diesem Beschluß gegenüber verhalten werden.

H.Z. Sportberichte

— Die 4. Deutsche Rodelmeisterschaft, die am 2. Weihnachtstage in Ilmenau ausgetragen wurde, hatte sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Es herrschte starkes Tauwetter bei 5 Grad Wärme und Südwind. Trotzdem wurde die Bahn fahrbar erhalten. Wegen des zu weichen Auslaufs am Ziel wurde eine Verkürzung der Bahn um 200 Meter vorgenommen, so daß ihre Länge 2600 Meter betrug. Die Ausscheidungsrennen fielen aus, da nur 15 Bewerber, die Sieger anerkannter Rennen waren, zugelassen wurden. Unter diesen erwies sich der Schwede John Dewiel (a. Ztg. Friedrichroda) als der weitaus Beste, der mit 2:59 die bisherige Bestleistung von 3:48 bedeutend verbesserte. Zweiter wurde Dr. von Osterroth-Koblenz in 3:15,3 vor Aschermann-Ilmenau 3:17 und dem Verteidiger der Meisterschaft W. Raupach-Schreiberhau 3:36.

— **Nürnberg-Fürth schlägt Berlin im Städtefußballkampf** 4:3. Vor ca. 8000 Zuschauern standen sich am zweiten Weihnachtsfeiertag in Fürth die Fußballmannschaften von Berlin und Nürnberg-Fürth im Städtekampf gegenüber. In der ersten Hälfte waren die Süddeutschen technisch überlegen und konnten zweimal erfolgreich sein, während Berlin leer ausging. Nach der Pause wendete sich das Blatt. Einige schwache Momente der Nürnberg-Fürther Läuferreihe nutzte der Berliner Sturm in geschickter Weise aus und sandte in kurzen Abständen dreimal den Ball ins Tor, während der Gegner noch zweimal erfolgreich war. Trotz aller Bemühungen der Berliner Elf, gleichzuziehen, blieb es bis zum Schluß bei dem Siege von 4:3 für Nürnberg-Fürth.

— **Der Weihnachtswintersport.** Die Weihnachtstage im Reich standen durchweg im Zeichen des Tauwetters. Es konnten die meisten Veranstaltungen im Harz, im Thüringer Wald und auch in den unteren Lagen des Erz- und Riesengebirges nicht abgehalten werden. Es hatten sich über die Weihnachtstage trotzdem viele Wintersportler aus den Großstädten nach dem Harz, nach Thüringen, in den Schwarzwald, in das Erzgebirge, sowie in das Sauerland begeben. Sie alle kehrten ziemlich enttäuscht nach Hause zurück, da an eine geregelte Ausübung des Sports nicht gedacht werden konnte. Nur die Naturfreunde kamen infolge der herrlichen Kaukreislandschaft zu einem ungeahnten Genuß. Tagsüber gingen in vielen Teilen des Höhenlagen leichte Schneefälle nieder. Die Aussichten für die kommenden Tage sind für die Ausübung des Wintersports recht ungünstig. Nur in den Höhenlagen herrscht leichter Frost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012281-14/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 28. Dezember.

Neue Streikgefahr in Mitteldeutschland

Am Donnerstag voriger Woche fand in Halle eine Konferenz der Arbeitervertreter des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues statt. Das Ende der Beratungen war der Beschluß, dem zuständigen Ministerium eine Eingabe mit einem Ultimatum zu unterbreiten, worin für den Fall, daß die Tarifforderungen bis Mitte Januar nicht erfüllt werden, der Streik angekündigt wird.

Wir erfahren hierzu noch folgende Einzelheiten: An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Bergarbeiterorganisation, sowie hundert Betriebsräte aus den Bezirken Halle, Zeitz, Weißenfels, Meuselwitz, Altenburg, Grimma, Borna, Ober- und Niederlausitz, Magdeburg und Kassel teil. Der Hauptgegenstand der Verhandlung war die Ablehnung der Lohnforderungen durch die Bergwerksbesitzer. Die Forderungen gehen dahin, die Schichtlöhne mit den Akkordlöhnen mehr in Einklang zu bringen. Nach längeren Verhandlungen wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Arbeiterschaft in den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Braunkohlengrubenbesitzer. Die Arbeiterschaft hält an ihren Forderungen fest und verlangt vor allen Dingen eine Beseitigung der großen Differenz zwischen Gedinge- und Schichtlohnarbeitern. Es steht fest, daß in Mitteldeutschland die übrigen Berufsgruppen durchweg höhere Löhne als im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben. Die Organisationsleitungen werden daher beauftragt, die zuständigen Ministerien zu benachrichtigen, daß eine Arbeitsniederlegung unvermeidlich ist, wenn die Lohnbewegung nicht bis 15. Januar nächsten Jahres abgeschlossen ist. Es war den Organisationsvertretern nur mit Aufbietung aller Kräfte möglich, eine sofortige Arbeitsniederlegung im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu verhindern. Wir bitten dringend, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Verhandlungsweise zu schaffen, die den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Folgen eines Streiks sind nicht abzusehen und werden dadurch Hunderttausend anderer Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen."

Kontrollbeamten-Ausbildungskursus

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen beabsichtigt vom 30. März bis 30. April 1921 in der landwirtschaftlichen Winterschule zu Merseburg den 12. Ausbildungskursus für Kontrollbeamte abzuhalten.

Jüngeren ledigen Landwirten im Alter von über 19 Jahren, welche möglichst eine landwirtschaftliche Schule besucht haben und Interesse für die Rindviehzucht besitzen, bietet sich Gelegenheit, durch Teilnahme an dem Kursus die für die Stellung eines Milchviehkontrollbeamten notwendigen Kenntnisse zu erwerben.

Den jungen Landwirten, gleichviel, ob sie einst die väterliche Wirtschaft übernehmen oder die landwirtschaftliche Beamtenlaufbahn ergreifen, kann nur dringend geraten werden, an diesem Kursus teilzunehmen und sich ein oder mehrere Jahre als Milchviehkontrollbeamter zu betätigen, um sich die für die Viehzucht nötigen Kenntnisse und Erfahrungen anzueignen.

Es ist Aussicht vorhanden, daß die ausgebildeten Beamten in Milchvieh-Kontrollvereinen der Provinz durch unsere Vermittlung sogleich Anstellung erhalten.

Das Unterrichtsgeld beträgt 60 Mark. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung haben die Kursusteilnehmer selbst zu tragen, jedoch wird Unterkunft nachgewiesen.

Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung des Kursus sowie sonstige Auskunft über Gehalt und dergleichen versendet die unterzeichnete Landwirtschaftskammer, Halle (Saale), Kaiserstraße Nr. 7, bei der auch die Anmeldung für die Teilnahme an dem Kursus zu erfolgen hat.

— **Vereinswesen.** In der letzten Novemberwoche ist allen angeschlossenen landwirtschaftlichen und zweckverwandten Vereinen seitens der Landwirtschaftskammer ein Rundschreiben zugegangen betreffend Vortragstätigkeit ihrer Beamten zusammen mit einem neu zusammengestellten Verzeichnis von Vortragsvorschlägen, geordnet nach den verschiedenen Vortragsgebieten. Die Vereinsvorstände sind gebeten worden, dieses Verzeichnis mit zu Rate zu ziehen, wenn es gilt, die Tagesordnungen für die Vereinsversammlungen aufzustellen. Gleichzeitig ist in dem zugehörigen Anschreiben eine genaue Aufstellung der jetzt vorhandenen 22 Wanderlehrbezirke mit den in denselben als Wanderlehrer und Wirtschaftsberater tätigen Herren gegeben worden, und ebenso ein Verzeichnis der bestehenden 7 Bezirksfachtinspektionen unter genauer Angabe ihrer Tätigkeitsgebiete. Wir hoffen, so schreibt die hiesige Landwirtschaftskammer, daß damit in reichstem Maße Anregung gegeben ist zu weiterer Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Landwirtschaftskammer und ihren Einrichtungen und der praktischen Landwirtschaft. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen allen landwirtschaftlichen Vereinen der Bericht über die letzte Vollversammlung der Kammer vom 31. März d. J. zugehen wird, der im Anhang einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Kammer im Jahre 1919 enthält. Die Vereinsvorstände seien auch hierdurch dringend gebeten, diesen Bericht in der nächsten Vereinssitzung zur Besprechung zu bringen, damit in immer weitere Kreise die Aufklärung über die Aufgaben und Arbeiten der Landwirtschaftskammer getragen wird, über die in manchen Kreisen der Berufsgenossen leider immer noch nicht volle Klarheit besteht, trotzdem die Kammer nun schon 25 Jahre in der Arbeit für die Berufsinteressen der heimischen Landwirtschaft steht. Es wird gewiß für manche Vereinsmitglieder eine dankbare Aufgabe sein, den Tätigkeitsbericht der Kammer in die Hand zu nehmen und dann über denselben den Angehörigen ihres Vereins zu berichten. Die anschließende Aussprache wird auch vielerlei Anregungen ergeben für die weitere Arbeit der Kammer, so daß die Durchsicht des Berichts und die Berichterstattung über denselben mancherlei Segen stiften kann für die Gesamtheit der Landwirtschaft. Diesem Zwecke soll er in der Hauptsache dienen, nicht allein ein Rechenschaftsbericht sein, sondern gleichzeitig weitere Früchte für die Zukunft bringen.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Ella Kurzweg mit Georg Wolff. — Gertrud Heyde mit Paul Schmeifer. — Hermine Messe mit Karl Polz. — Meta Haude mit Paul Gerhardt. — Emma Langer mit Karl Müller. — Gertrud Bialas mit Oskar Scheuba. — Hildegard Kloß mit Otto Göpel. — Irmgard Hoppe mit Franz Sander. — Frida Stemmler mit Oskar Hildebrand. — Frieda Schild mit Bernhard Böttcher. — Elisabeth Eckardt mit Hanns Tacke.

Vermählung: Erich Sellheim mit Hedwig Hammer. — Heinz Schusters mit Else Leachardt.

Todesfälle: Am 25. Dezember Marie Rüdiger geb. Hoeder im 75. Lebensjahr. — Am 24. Dezember Montagemeister Otto Jahn. — Am 26. Dezember Fahrtechniker Robert Müller. — Am 24. Dezember Wilhelmine Freyhag geb. Schulze im 69. Lebensjahr. — Am 25. Dezember Schuhmachermeister Adolf Hildebrand im 70. Lebensjahr.

Eingesandt.

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unser Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber.)

An dieser Stelle pflegt man meist nur Worte des Tadels zu lesen; ich will aber heute loben, und zwar die Direktion der Straßenbahn: In dieser Zeit des Hastens und Hetzens bringt sie es fertig, den Menschen zu einem Viertelstündchen der Beschaulichkeit zu zwingen, und das ist doch höchst lobenswert.

Zum Exempel: Ich komme zum Riebeckplatz und will in der Richtung Walhalla—L.-Wuchererstraße fahren. Mit üblicher Sicherheit kann ich darauf rechnen, daß ich mindestens 10 Minuten zu warten — nein, sie haben, mit die schönen Anlagen anzusehen. Und meine Geduld wird noch gläubend belohnt, denn kurz hintereinander fährt eine „4", eine „5 A" und eine „5" zum Einsteigen vor. Wer gleich danach kommt, muß allerdings wieder ein Viertelstündchen Natur genießen.

Aehnlich ist's in umgekehrter Richtung an der Ecke Bernburger Straße: Die Wagen der Linien 1, 5 A und 5 kommen fast immer kurz hintereinander und dann eine Viertelstunde nichts.

Es muß eine schwierige Arbeit gewesen sein, das alles so schön auszuknobeln.

Oder sollte es etwa gar nicht Absicht sein? Dann bitte —!

Ein Kriegsbeschädigter, der auf die „Elektrische" angewiesen ist.

Volkswirtschaft

Das neue Kapitalfluchtgesetz

In der nächsten Nummer des Reichs-Gesetzblattes wird das neue Gesetz gegen die Kapitalflucht veröffentlicht werden. Es stellt in der Hauptsache eine Zusammenfassung der bisher erlassenen noch gültigen Vorschriften gegen die Kapitalflucht dar und bringt gegenüber dem alten Zustande nur einige Aenderungen, deren Notwendigkeit die Praxis ergeben hat. Es sind dies insbesondere 1. die Aufnahme der Schuldbuchverwaltungen als Banken im Sinne des Gesetzes, 2. die Regelung der Affidavitfrage für den Fall, daß mehrere Banken bei der Ausführung eines Auftrages auf Verlendung von Wertpapieren und Zahlungsmitteln nach dem Auslande zusammenwirken und 3. die Erhöhung der Freigrenze für die Ausfuhr von Zahlungsmitteln auf 2000 Mark (bisher 1000 Mark), wobei fortan ausländische Währung zum Tageskurse, nicht zum Friedenskurse umzurechnen ist.

Reichsbank. Die Anlagekonten der Reichsbank haben nach dem Ausweis vom 15. d. M. von neuem eine starke Anspannung erfahren, die zum Teil auf Neuansprüche des Reiches an die Bank, in der Hauptsache jedoch auf einen Rückgang des Absatzes von Reichsschatzanweisungen in den freien Verkehr zurückführen ist. Die gesamte Kapitalanlage wuchs um 4089,4 Mill. Mark auf 54 301,5 Millionen Mark, und die bankmäßige Deckung, für sich allein genommen, um 4111 Millionen Mark auf 54 090,1 Millionen Mark. Auf der anderen Seite floß ein die Belastung der Anlagen übersteigender Betrag den fremden Geldern der Bank zu; sie erhöhten sich nämlich um 4263,8 Millionen Mark auf 15 825,1 Millionen Mark. Der Bedarf an Zahlungsmitteln zeigte, wie in der Vorwoche, so auch diesmal eine nur mäßige Zunahme. An Banknoten wurden 462,5 Millionen Mark neu beanspruch, so daß sich deren Umlauf auf 65 147,2 Millionen Mark hob. Dagegen ließ sich der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 195,4 Millionen Mark einschränken; er stellte sich auf 12 082,8 Millionen Mark. Die Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen nahmen um 633,4 Millionen Mark auf 21 113,9 Millionen Mark zu.

Börsenruhetag. Gestern fiel in Berlin, sowie an sämtlichen deutschen Börsen der Effektenverkehr aus. Die Metall- und Produktenbörse blieb ebenfalls geschlossen. Am heutigen Dienstag findet die Börse wieder statt.

Magdeburger 4½proz. Stadtanleihe. Durch ein Bankenkonsortium, dem in Berlin das Bankhaus C. H. Kretzschmer angehört, sind 80 Mill. M. 4½proz. von 1921 ab rückzahlbare Anleihe der Stadt Magdeburg an der Berliner Börse zur Einführung gebracht worden.

Reichsnotopfer und Kapitalsertragssteuer. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums können die Banken auf den als Vorauszahlung auf das Reichsnotopfer abzuliefernden selbstgezeichneten Kriegsanleihestücken die Coupons vom 1. Januar 1921 auch nach dem 1. Januar 1921 mitliefern, sofern nachweislich der Antrag auf Ablieferung der Reichsanleihe bei der Bank bis 31. Dezember 1920 eingelaufen ist. Es ist damit also erreicht worden, daß der Kunde von den am 1. Januar 1921 fälligen Zinsscheinen keine Kapitalertragssteuer zu zahlen hat. Die Entscheidung darüber, ob die von dem früher fällig gewordenen Zinsscheinen bereits abgezogene Kapitalertragssteuer wiedererstattet wird, steht noch dahin.

Syndikatsbildung. Die größeren mitteldeutschen Kalkwerke haben sich zu einem Syndikat mit dem Sitz in Magdeburg zusammengeschlossen. Zum Leiter ist der langjährige Direktor der ehemaligen Prüfingschen Zementfabrik Appel, in Schönebach, ernannt worden.

Die Gewerkschaft Johannashall bei Bersenstedt beabsichtigt zur Gewinnung des in ihrer Endlauge enthaltenen Brombrom eine Bromfabrik in Verbindung mit ihrer Chlorkaliumfabrik anzulegen.

Gewerkschaft „Glückauf"-Sondershausen. Der Grubenvorstand hat die Ausbeute für das 4. Vierteljahr 1920 auf 2300 M. für den Kux festgesetzt, so daß die Jahresausbeute für 1920 5000 Mark beträgt.

Eisenwerk L. Meyer jun. u. Co., Akt.-Ges. in Harggerode. Die Generalversammlung genehmigte die Kapitalserhöhung um 2 auf 5 Millionen Mark.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. A. Ernst Meyerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport Hans Herling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Für die Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Bekanntmachung

Gemäß § 14 Abs. 7 des Ortsstatuts für die Stadtgemeinde Halle, betreffend das Gewerbegericht zu Halle vom 24. Februar 1906/25. August 1905 wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß für die am

Sonntag, den 9. Januar 1921,

stattfindende Neuwahl der Gewerbegerichtsbeisitzer folgende Wahlvorschlagslisten rechtzeitig eingegangen sind:

Von seiten der Arbeitgeber 2 Listen:

Liste Ordnungsnummer 1,

aufgestellt von dem „Mittelständischen Schutzverband zu Halle und Umgebung".

Dieselbe enthält folgende Namen:
1. Felix Weise, i. Fa. Weise Söhne, Turmstraße 94/96.
2. Albert Schmidt, Korbwarenfabrikant, Gr. Steinstraße 38.
3. Adolf Lutz, Holzbildhauer, Pfälzerstraße 21.
4. C. Th. Mohr, Bergassessor, Freiimfelder Straße 6.
5. F. Andag, i. Fa. Reinicke u. Andag, Gr. Klausstraße 40.
6. Franz Koennecke, Buchdruckereibesitzer, Mittelstraße 11/13.
7. Hermann Werner, Klempnermeister, Gr. Klausstraße 13.
8. Albert Kümmel, „Hermes" Papierfabrik, Dessauer Straße.
9. Paul Dietlein, Gastwirt, Tagstraße 7/8.
10. Fritz Großmann, Ziegeldeckermeister, Lauchstädter Straße 11.
11. Paul Wähselmi, i. Fa. August Mann, Ankerstraße 3.
12. Friedrich Müller, Papierhandlung, Leipziger Straße 29.
13. Gottfried Baumann, Friseur, Gr. Steinstraße.
14. Rudolf Mey, Elektro-Ingenieur, Königstraße 13.
15. Heinrich Kausch, Tiefbauunternehmer, Goethestraße 32.
16. Otto Schöbe, Schlossermeister, Zinksgartenstraße 13.
17. Hans Lemm, Direktor, Raffineriestraße 28.
18. Paul Mitching, Bäckermeister, Wittekindstraße 30.
19. Otto Möllhoff, Malermeister, Streiberstraße 45.
20. Hans Freyberg, i. Fa. Freyberg's Brauerei, Glauchaerstr. 49.
21. Paul Göldner, Sattlermeister, Leipziger Straße 79.
22. F. Wegener, Steinsetzmeister, Ludwig-Wuchereer-Straße 78.
23. Max Burkel, Tischlermeister, Kl. Steinstraße 4.
24. R. Regel, i. Fa. Schuberts Brotfabrik, Nöpziger Straße 200.
25. Karl Barthel, Schneidermeister, Hardenbergstraße 17.
26. Karl Horais, Damenschneider, Zinksgartenstraße 15.
27. Franz Geisen, Färberei Union, Barbarastraße 2a.
28. Bernhardt Arndt, Schuhmachermeister, Henriettenstraße 8.
29. Th. Cohn, i. Fa. Adler u. Co., Magdeburger Straße 96.
30. W. Schatz, Schmiedemeister, Kellnerstraße 17.

Die Namen der drei ersten Unterzeichner sind:
Franz Koennecke, Buchdruckereibesitzer. Humboldtstraße 40.
Albert Schmidt, Korbwarenfabrikant, Gr. Steinstraße 34 a.
Th. Müller, Buchbindermeister, Leipziger Straße 20.

Liste Ordnungsnummer 2,

aufgestellt von dem Gewerkschaftskartell Halle.

Dieselbe enthält folgende Namen:
1. Wilhelm Hinsche, Maurermeister, Triftstraße 4.
2. Karl Siedmann, Maurermeister, Eichendorffstraße 19.
3. O. Sperling, Klempnermeister, Reilstraße 24.
4. Albert Illgenstein, Buchhändler, Eichendorffstraße 16.
5. Wilhelm Wildorf, Gastwirt, Karlstraße 14.

Die Namen der drei ersten Unterzeichner sind:
Georg Steger, Geschäftsführer, Harz 42/44.
Fr. Günther, Hallesche Genossenschafts-Druckerei, Harz 42/44.
Albert Illgenstein, Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Von seiten der Arbeitnehmer 2 Listen.

Liste Ordnungsnummer 1,

aufgestellt vom Christlich-nationalen Gewerkschaftskartell.

Dieselbe enthält folgende Namen:
1. Paul Zwanzig, Ableser, Fleischerstraße 27 I.
2. Artur Veronelli, Buchdrucker, Streiberstraße 7.
3. Otto Förster, Kellner, Hackebornstraße 1.
4. Lorenz Czech, Maschinist, Beesener Straße 40.
5. Franz Töfelbelz, Tischler, Ludwigstraße 49.
6. Friedrich Wernecke, Kellner, Fichtestraße 6.
7. Otto Donath, Schriftsetzer, Harz 5
8. Heinrich Pfaff, Obermächter, Böllberger Weg 6.
9. Franz Nawroth, Schmied, Schmiedestraße 31.
10. Max Köppchen, Fahrstuhlführer, Glauchaer Straße 12.

Die Namen der drei ersten Unterzeichner sind:
Johannes Ihme, Buchdrucker, Hochstraße 19 III.
Paul Zwanzig, Ableser, Fleischerstraße 27.
Hermann Dörschner, Kellner, Rannischestraße 1.

Liste Ordnungsnummer 2,

aufgestellt von dem Kartell der freien Gewerkschaften.

Dieselbe enthält folgende Namen:
1. Franz Möbius, Schmied, Bernhardstraße 47.
2. Karl Spieß, Schlosser, Wettiner Straße 4.
3. Karl Wernicke, Schlosser, Tannenstraße 6.
4. Louis Emmer, Lagerarbeiter, Eichendorffstraße 19.
5. Otto Schpinne, Lagerarbeiter, Lerchenfeldstraße 20.
6. Otto Förkel, Modelltischler, Lindenstraße 74.
7. Hermann Bieler, Buchbinder, Torstraße 44.
8. Wilhelm Mangelsdorf, Schriftsetzer, Königstraße 87 a.
9. Max Stretzel, Steindrucker, Thomasiusstraße 84.
10. Paul Doering, Tischler, Luchstädter Straße 14.
11. Hermann Kühne, Stellmacher, Barfstraße 16 III.
12. Otto Weiste, Maurer, Belfortstraße 11.
13. Friedrich Schlegel, Stuckateur, Anhangerstraße 22.
14. Hermann Deparade, Bauarbeiter, Reilstraße 107.
15. Hermann Schachtel, Eisenbahnarbeiter, Merseburger Str. 81.
16. Leo Kaszuba, Zigarrenmacher, Martinstraße 32.
17. Albert Brämme, Zimmerer, Petersberg 4.
18. Ernst Fleischhauer, Schneider, Ritterstraße 12.
19. Paul Leißner, Elektromonteur, Merseburger Straße 91.
20. Karl Fritzel, Arbeiter, Wörmlitzer Straße 97.
21. Max Knorre, Maschinist, Weißenburgstraße 12.
22. Franz Dölle, Bäcker, Burgstraße 50.
23. Max Großmann, Kellner, Kuttelhof 18.
24. Reinhold Wilhelm, Maler, Dieskauer Straße 8.
25. Karl Gautzsch, Tapezierer und Dekorateur, Goethestraße 81 I.
26. Karl Ganzer, Steinsetzer, Torstraße 53.
27. Bruno Hoffmann, Kupferschmied, Beesener Straße 82.
28. Hermann Ebersbach, Steinsetzer, Albrechtstraße 28.
29. Wilhelm Veitz, Schmied, Mansfelder Straße 54.
30. Hermann Jaap, Arbeiter, Triftstraße 34.

Die Namen der drei ersten Unterzeichner sind:
Paul Kleemann, Schriftsetzer, Martinsberg 8.
Otto Müller, Buchbinder, Körnerstraße 13.
Hermann Bieler, Buchbinder, Torstraße 44.

Halle, den 22. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Bekanntmachung.

Die Gewerbetreibenden der nachstehend aufgeführten Straßenteile werden hiermit aufgefordert, soweit es noch nicht geschehen, ihre Meßgeräte möglichst auf einmal, sauber gereinigt und die Eichstempel ausgebürstet, innerhalb der aufgeführten Fristen an den Montagen und Donnerstagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags auf dem hiesigen Eichamt, Kirchnerstraße 19, einzuliefern.

Zur Erleichterung der Einlieferung der Meßgeräte sowie zur Vermeidung ihrer längeren Inanspruchnahme durch das Eichamt kann die Einlieferung durch Mittelspersonen (Wagenbauer) erfolgen, die bei den Gewerbetreibenden vorsprechen und auf Wunsch Ersatz für die abgegebenen Meßgeräte gegen angemessene Gebühren stellen.

In der Woche vom 3. bis 9. Januar 1921 Gr. Ulrichstraße **1 bis 39.**

In der Woche vom 10. bis 16. Januar 1921 Gr. Ulrichstraße 40 bis 62, Schulstraße, Geiststraße, Kaulenberg.

In der Woche vom 17. bis 23. Januar 1921 Gr. Steinstraße **1 bis 17 und 78 bis 87.**

In der Woche vom 24. bis 30. Januar 1921 Mittelstraße, Kl. Steinstraße, Barfüßer Straße, Brüderstraße.

Halle, den 21. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012281-14/fragment/page=0004